Gemeinsam am Ostersamstag in Saarbrücken

Um 1 Minute vor 12

Es ist am Ostersamstag Tradition in Saarbrücken. Die Friedensfreunde treffen sich am 19.4.25 vor der Johanneskirche zum Ostermarsch. Diesmal um einer Minute vor 12 Uhr. Es ist Zeit, nicht abseits zu stehen. Nach der Demo gibt es eine Kundgebung in der Obertorstraße. Diesmal spricht unser Geschäftsführer der ver.di Region Saar-Trier, Christian Umlauf.

ver.di-Mitglieder waren dabei als am 29.3. in Wiesbaden gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen demonstriert wurde. Die USA nutzen ihre Basis in Wiesbaden für den Krieg in der Ukraine und auch für Angriffe auf Russland. Dies enthüllte die New York Times. In Wiesbaden wird bestimmt, welche russischen Soldaten beschossen werden. Deutschland wurde damit direkt in den Krieg eingebunden.

Ostermarsch Saar:

Friedensfähig statt kriegstüchtig

2025 finden die Ostermärsche unter dem Eindruck der maßlosen Aufrüstung in Deutschland und Europa statt. Bei den rund 100 Kundgebungen und Demos gibt es dafür scharfe Kritik.

CDU/CSU, SPD und Grüne haben gemeinsam das Grundgesetz geändert, um künftig alle Militärausgaben oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus den Begrenzungen der Schuldenbremse auszunehmen. Sie wollen massiv aufrüsten, in der Höhe und zeitlich unbegrenzt mit Schulden finanziert. Es geht um viele Hunderte Milliarden Euro.

Die EU ist ebenso vom Hochrüstungswahn erfasst und treibt ihn mit ihrem neuen Weißbuch „European Defence Readiness 2030“ aktiv voran. Sie will sich auf die angebliche „Möglichkeit eines großangelegten Krieges mit Russland vorbereiten“, schreibt dpa.

Begründet wird das alles mit der Verschwörungstheorie, dass Russland nach der Ukraine dann die EU überfallen wolle, und dass die USA nichts dagegen tun würden, weil Trump ja geradezu auf Putins Seite übergelaufen sei. Viele glauben diese Erzählung und so schreitet unser Land immer weiter in die Kriegstauglichkeit.

Wir brauchen allerdings dringend den Widerstand gegen diese Politik, die nicht nur die Gefahr eines alles zerstörenden Krieges enorm erhöht, sondern auch Ressourcen, Arbeitskraft, Klima und Geld verschwendet, die dringend für den Sozialstaats gebraucht würden. Deswegen haben wir auch zur Teilnahme am Ostermarsch 2025 aufgerufen.

Wir brauchen keine Milliarden für eine ungezügelte Aufrüstung und ein globales Wettrüsten sondern Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ebenso wird bei den Ostermärschen mehr Einsatz für diplomatische Initiativen zur Beendigung der Kriege – insbesondere in der Ukraine und Gaza – gefordert. Auch das traditionelle Thema „Atomwaffen abschaffen“ wird angesichts der erneuten Debatten um einen europäischen „Atomschirm“ zentral sein. Insbesondere im Hinblick auf die 80. Jahrestage der Atomwaffenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki bestärkt die Friedensbewegung ihre Forderung nach einer Welt ohne Atomwaffen und einem zügigen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Nicht minder gering ist die Ablehnung der für 2026 geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Die Friedensbewegung lehnt landgestützte Mittelstreckenwaffen in Europa ganz grundsätzlich ab. Dazu zählen ausdrücklich auch russische Systeme.

Die Welt rüstet auf, tausende Menschen sterben in Kriegen und die Gefahr eines Atomkrieges ist weiterhin nicht gebannt. Jetzt soll Deutschland kriegstüchtig gemacht werden. Abschreckung durch Stärke und Militär ist aktuell die einzige Lösung, die unsere Regierenden kennen. Doch Aufrüstung und Militarisierung werden uns dem Frieden nicht näherbringen.

Wo sind die friedenspolitischen Alternativen? Wo bleiben Diplomatie, Kooperation und Dialogbereitschaft?

Wir nehmen die neue Bundesregierung in die Pflicht und fordern von ihr:

- Beenden Sie Kriege! Stärken Sie diplomatische Initiativen für Frieden in der Ukraine, in Israel und Palästina, im Sudan, in der DR Kongo und überall auf der Welt!
- Stehen Sie für internationales Recht und Kooperation ein! Verurteilen Sie Verstöße gegen das Völkerrecht und setzen Sie sich für deren Aufarbeitung ein. Völkerrecht muss für alle gleichermaßen gelten. Erteilen Sie nationalen Egoismen eine klare Absage.
- Entwickeln Sie einen Friedensplan für Europa! Wir brauchen eine neue Friedensordnung, die auf gemeinsamer Sicherheit basiert, der Ukraine Frieden garantiert und Russland langfristig miteinschließt.
- Zeigen Sie sich solidarisch mit den Opfern von Kriegen! Gewähren Sie Menschen Schutz und Asyl, die vor Kriegen fliehen oder sich diesen entziehen wollen.
- Rüsten Sie ab! Sozialabbau oder neue Schulden für militärische Aufrüstung auf Kosten von u. a. Bildung, Klimaschutz und dringend benötigten Investitionen, die unser Leben verbessern, sind inakzeptabel.
- Verhindern Sie die Stationierung von Mittelstreckenwaffen! Setzen Sie sich stattdessen für neue internationale Abrüstungsverträge ein.
- Setzen Sie sich für eine atomwaffenfreie Welt ein! Sorgen Sie für den Abzug der US-Atombomben aus Büchel und treten Sie dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag bei. Erteilen Sie Überlegungen für EU-Atombomben eine klare Absage.
- Führen Sie die Wehrpflicht nicht wieder ein! Junge Menschen sollten Frieden lernen, nicht den Krieg üben.
- Beschließen Sie ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz! Rüstungsexporte müssen massiv reduziert werden und strengsten Regeln unterliegen.

Im Aufruf zum Ostermarsch Saar wenden wir uns gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, denn das Saarland ist in besonderem Maße gefährdet als Standort von Rüstungsproduktion sowie durch seine Nähe zum Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel und zur Air-Base Ramstein in der Pfalz.

Gemeinsam setzen wir zu Ostern ein Zeichen für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist und bleibt für uns als ver.di handlungsleitend.

Sei auch Du dabei und lass uns gemeinsam für Frieden eintreten.

Tarifauseinandersetzung Öffentlicher Dienst

Was sagt die Mitgliedschaft?

Es gibt eine Einigung. „Es ist ein schwieriges Ergebnis in schwierigen Zeiten.“ So die Worte unseres Vorsitzenden Frank Werneke. Ob durch Streik mehr drin wäre, beraten jetzt die Betroffenen bis zum 9. Mai. Nach der Mitgliederbefragung entscheidet die BTK ö.D., die nach kontroverser Debatte mehrheitlich eine Annahme empfohlen hat. Wir fragten Christian Umlauf und Michael Quetting nach ihrer Meinung,

Das Ergebnis:

Vier Verhandlungsrunden und eine Schlichtung hat es bis zu einer Einigung gedauert. Die Arbeitgeber haben von Anfang an eine Mauer aufgebaut. Sie wollten keinen Abschluss über der Inflationsrate, keinen Mindestbetrag, am liebsten gar nichts zu Arbeitszeit. ver.di hat sich am 6. April in der Tarifrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen mit den Arbeitgebern auf einen Tarifabschluss geeinigt. Der Abschluss liegt auf dem Niveau der Schlichtungsempfehlung von Ende März.

Die 27monatige Laufzeit des Tarifvertrags beginnt mit drei Nullmonaten. Rückwirkend zum 1. April 2025 gibt es drei Prozent, mindestens aber 110 Euro mehr im Monat. Ab 1. Mai 2026 gibt es nochmal 2,8 Prozent. Gefordert hatten die Gewerkschaften acht Prozent und mindestens 350 Euro mehr. Die Zulagen für besonders belastende Arbeitszeiten steigen von 40 auf 100 Euro monatlich für Schichtdienste, und von 105 auf 200 Euro für Wechselschichtdienste, in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro. Für Auszubildende, Praktikant*innen und dual Studierende gibt es insgesamt 150 Euro mehr, jeweils 75 Euro ab April 2025 und ab Mai 2026.

Vereinbart wurde die Möglichkeit, die Arbeitszeit „freiwillig“, bezahlt und mit Zuschlägen auf 42 Stunden pro Woche erhöhen zu können. Die ver.di-Verhandlungskommission stellte dar, dass ein Großteil der Verhandlungszeit dem Ziel diente, diese Freiwilligkeit abzusichern. Und so konnte die Arbeitszeiterhöhung in der Probezeit ausgeschlossen und nach Übernahme von Azubis erschwert werden. Die individuelle Arbeitszeiterhöhung soll zeitlich befristet, bes-

ser vergütet und freiwillig sein. „Niemand kann gedrängt werden, mehr zu arbeiten – das ist Teil der Tarifvereinbarung“, betonte Verdi-Chef Frank Werneke. Die Regelung sei zunächst auf fünf Jahre angelegt und werde rechtzeitig vorher in ihrer Wirkung überprüft.
Ab 2027 erhalten alle Beschäftigten einen weiteren Tag Erholungsurlaub. Das 13. Monatsgehalt soll ab 2026 steigen. Teile der Jahressonderzahlung können zukünftig in bis zu drei freie Tage umgewandelt werden. Damit ist der Einstieg in ein Wahlmodell geschafft. Die Jahressonderzahlung soll ab dem Jahr 2026 für die Beschäftigten der Kommunen einheitlich auf 85 Prozent, für die Beschäftigten des Bundes nach Entgeltgruppen gestaffelt auf 95, 90 bzw. 75 Prozent des monatlichen Entgelts erhöht werden.
Die Beschäftigten der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen werden von der Wahlmöglichkeit ausgenommen. Für sie wird als Kompensation die Jahressonderzahlung in den Entgeltgruppen 1– 8 auf 90 Prozent erhöht. Ab der Entgeltgruppe 9a wird sie auf 85 Prozent erhöht.
Das Ergebnis ist nicht schön zu rechnen, allerdings steht bei aller Unzufriedenheit die Frage nach der Kampfbereitschaft. Ein Tarifergebnis ist immer ein Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Die Bundestarifkommission ö.D. hat dieses Ergebnis lange abgewogen, gut ein Drittel der Kolleg*innen stimmten dagegen, 51 für die Annahme.
In der Diskussion in den sozialen Medien und in den Betrieben geht es zum Teil hoch her. Da könne man nur „Nein“ sagen, betonen nicht wenige, aber es gibt auch jene, die einfach feststellen, dass die Kampfbereitschaft so unterentwickelt sei, dass nicht mehr drin sei. In der Diskussion auf unserem letzten Zusammenkunft kritisierten die Diskutanten besonders, dass ver.di den Zusammenhang zwischen Tarifabschluss und Kriegsertüchtigung nicht thematisiert bzw. bewusst ausgeblendet.
Da für uns die Darstellung der unterschiedlichen

Standpunkte nicht einfach ist, haben wir den Geschäftsführer der Region Saar- Trier, Christian Umlauf, und unser Vorstandsmitglied Michael Quetting gebeten, uns ihre Ansichten hier darzustellen.

Die Meinung von Christian Umlauf:

Wir sind nicht zufrieden mit dem Abschluss im TVÖD, wir haben uns mehr vorgenommen, vor allem die mögliche Erhöhung auf bis zu 42 Stunden Arbeitszeit in der Woche, allerdings nur freiwillig möglich, sowie die Benachteiligung der Krankenhäuser beim Thema Urlaub statt Geld, stößt bei uns bitter auf.
Die Auseinandersetzungen um Tarifverträge werden aktuell härter und wir müssen uns besser aufstellen. Dazu werden wir im Bezirk unsere Arbeitsgruppe zum TVÖD auch nach der Tarifrunde weiterführen und gemeinsam an einer stärkeren Bewegung zur nächsten Tarifrunde zu arbeiten. Dazu haben sich alle ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen bereit erklärt und weitere werden gerne aufgenommen.
Trotzdem ist es wichtig, bei den Überlegungen, ob ich

für oder gegen den Abschluss stimme, die Überlegungen der Bundestarifkommission, die den Abschluss und unsere Kampfstärke genau im Blick hat, in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Die Meinung von Michal Quetting

Angesichts der Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energiekosten und in Kenntnis, dass wir Billionen für die Rüstung locker machen, ist das ein schlechtes Ergebnis.
Besonders problematisch: Ab 2026 erhalten die Beschäftigten die Möglichkeit, ihre Wochenarbeitszeit freiwillig und befristet auf bis zu 42 Stunden zu erhöhen. Ein mögliches Einfallstor für eine Arbeitszeitverlängerung anstatt der geforderten Arbeitszeitverkürzung. Damit wird eine völlig falsche Richtung eingeschlagen.
Mag die 3 Prozent Lohnerhöhung aktuell auch höher sein als die Inflation, so ist angesichts der Weltwirtschaftslage völlig unklar wie sich die Situation weiter entwickelt. Dazu kommt, dass Anfang dieses Jahres bereits die Krankenkassenbeiträge gestiegen sind. Ferner sind die Verluste der Vorjahre noch nicht ausgeglichen. Bekanntlich sind die Tariflöhne auf dem Stand von 2016.
Die 27 Monate sind viel zu lang. Die Zeiten sind ungeheuer unsicher, z. B. welche Folgen der sich entwickelnde Handelskrieg mit den USA haben wird, die Energiepreise sind dank der Sanktionen gegen Russland alles andere als vorhersehbar. Ein schneller Anstieg der Verbraucherpreise ist jederzeit möglich. Sich in einer solchen Situation einer Friedenspflicht zu beugen, ist mehr als gefährlich.
Die Krankenhausbeschäftigten sind besonders sauer, denn die mobilisierende Forderung nach Bezahlung der Pausen im Wechselschichtdienst, die in allen anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes gilt, wurde erneut nicht durchgesetzt.
Die Frage, der wir uns stellen müssen, können wir mehr rauszuholen? Ich denke ja, denn wir dürfen nicht aufgeben, nur weil wir Schwierigkeiten sehen.
Nüchtern betrachtet fehlt das Vertrauen in die eigene Kraft. Nur durch einen großen Streik könnte das Ergebnis verbessert werden. Die Wut bei den Beschäftigten *ist durchaus da. Aber wie wird aus Wut Kampf und dann Erfolg? Diese Wut für den Kampf zu nutzen, das ist die Aufgabe der Gewerkschaft und ihrer Funktionäre.*
In der Summe ist es zu still. Zwar gelang es uns in der Woche vor der 3. Verhandlungsrunde bundesweit 150.000 Menschen auf die Straße zu bringen, davon 5.000 in Saarbrücken, nüchtern betrachtet fehlten aber auch nicht wenige. Das erkenne ich schon. Aber ich höre auch, dass wir nicht genügend mobilisiert haben. Keine Station in den Krankenhäusern war geschlossen, die Operationen liefen wie gewohnt. Tarifkampf heißt eben mehr als zwei Spaziergänge durch die Innenstadt.
Ich kann durchaus die Kolleginnen und Kollegen verstehen, die daran zweifeln, dass wir aktuell mehr durchsetzen könnten. Allerdings muss auch klar sein, nur wenn wir die Wut in Tat umsetzen, wird auch etwas dabei rauskommen. Und dazu muss ver.di auch eine Wahrheit aussprechen, dass das Geld, das angeblich fehlt, um die Beschäftigten zu entlasten und ihren Reallohn zu sichern, für Aufrüstung und Krieg verplant ist.
Und nun?
Bis zum 9. Mai läuft die digitale Mitgliederbefragung. Wir sollten solidarisch diskutieren und ehrlich überlegen, was wir tun können. Meckern allein wird nicht reichen. Die Bundestarifkommission wird am 12. Mai entscheiden.
Eins dürfte dabei uns allen klar sein:
Die Lage wird nicht einfacher. Wir sollten uns den sich verändernden Kampfbedingungen bewusst werden und daraus die Schlussfolgerungen ziehen. Es geht ums Eingemachte

Der Koalitionsvertrag steht

Der Gegenwind in Worten

CDU, CSU und SPD haben einen Entwurf ihres Koalitionsvertrags vorgelegt. Wir haben ihn uns angeschaut und stellen hier einiges vor. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke sieht darin sowohl erfreuliche Festlegungen als auch klare Defizite.

Am 9. April war es soweit: Nachmittags traten die Vorsitzenden von CDU und CSU, Friedrich Merz und Markus Söder, sowie der SPD, Saskia Esken und Lars Klingbeil, vor die Presse und stellten den Entwurf ihres Koalitionsvertrags vor.

Große Worte

Die künftigen Koalitionäre sprachen von „neuer Stärke“ (Friedrich Merz) und von „Deutschland ist wieder da (Markus Söder) und Lars Klingbeil meinte gar theatralisch: „Die Bagger müssen arbeiten und die Faxgeräte in diesem Land entsorgt werden.“ Erwartungsgemäß soll die AfD-„Remigrations“-Träumerei bedient werden, schließlich ist diese Partei in Umfragen gerade dabei die CDU zu überholen.

SPD-Chef Lars Klingbeil betonte, dass man mit Einsparungen Spielraum für Verabredungen von Projekten schaffe. „Vieles, was wir verabredet haben, steht unter Finanzierungsvorbehalt“, bemerkte er. In dem Vertrag wird oft von „wollen“, nicht „werden“ gesprochen. Formuliert wird eine Hoffnung auf Wirtschaftswachstum – dabei setzt man wohl auf Rüstung. Auch soll der Wehrdienst „attraktiver“ werden.

Koalition für Aufrüstung

Union und SPD wollen in einer gemeinsamen Bundesregierung den Weg zur Einführung moderner Militärtechnik freimachen. Dazu seien auch ein vereinfachter Zugang und ein vertiefter Austausch mit Forschungseinrichtungen, dem akademischen Umfeld, Start-Ups und der Industrie notwendig, heißt es im vereinbarten Text für einen Koalitionsvertrag. Dies gelte insbesondere für die Bereiche: Satellitensysteme, Künstliche Intelligenz, unbemannte, auch kampffähige Systeme, den sogenannten Elektronischen Kampf, Cyber, den Einsatz von Software sowie Hyperschallsysteme. Auch sollen das Planungs- und das Beschaffungswesen reformiert werden. „Für einzelne Großprojekte, aber auch für Zukunftstechnologiebereiche, die einer hohen Innovationsdynamik unterliegen, werden wir neue Realisierungswege implementieren“, heißt es im Text.

Von Frieden war bei der Vorstellung nicht die Rede.

Personalabbau auf Bundesebene

Unter den Schlagwörtern ‚Bürokratierückbau und Staatsmodernisierung‘ in die Koalitionsverhandlungen und will man in der Ministerial- und Bundestagsverwaltung sowie in bestimmten nachgeordneten Behörden bis zum Jahr 2029 mindestens acht Prozent Personal einsparen. Eine schlechte Nachricht für die Beschäftigten und für die Bürgerinnen und Bürger, die auf eine funktionierende öffentliche Verwaltung auch in Krisenzeiten angewiesen sind. Schon jetzt ist die Personaldecke vielerorts bis zum Zerreißen gespannt. Da kann Bürokratieabbau schnell zur staatlichen Handlungsunfähigkeit werden.

Friedrich Merz verteidigte den geplanten Stellenabbau in der Bundesverwaltung: „Wir stellen hier keinen Elon Musk ein, der das so macht wie in Washington“, sagte Merz. Besonders viele Bundesbeauftragte und ihre Mitarbeiter sollen wegfallen.

Grundsicherung mit Sanktionen

Aus dem Bürgergeld wird eine „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ mit Sanktionen.Vermittlung in Arbeit soll bei arbeitsfähigen Menschen Vorrang haben. Mitwirkungspflichten und Sanktionen sollen „im Sinne des Prinzips Fördern und Fordern“ verschärft werden. Wird eine zumutbare Arbeit verweigert, erfolgt ein „vollständiger Leistungsentzug“.

Parteien müssen zustimmen

Nach der Einigung vom Mittwoch müssen die drei Parteien dem Koalitionsvertrag noch zustimmen, bevor er unterzeichnet und Merz zum Kanzler gewählt werden kann.

Ressortverteilung 7-7-3

Bei der Ressortverteilung erhält die SPD sieben, auf die CDU entfallen neben dem Kanzleramt sechs Ressorts, darunter ein neues „Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung“. Die CSU erhält drei Ministerien.

Lob und Kritik von ver.di

Unser ver.di-Vorsitzende Frank Werneke sieht im Koalitionsvertrag wichtige Weichenstellungen für die Zukunft, etwa bei Investitionen und der Stabilisierung der gesetzlichen Rente. Er kritisiert jedoch, dass der Entwurf an wichtigen Stellen – insbesondere bei den Kommunalfinanzen – deutlich hinter den Erfordernissen zurückbleibe. „Es ist auch notwendig, deutliche Kritik zu üben, etwa an der geplanten Verschlechterung des Arbeitszeitgesetzes“, sagte er.

Infrastruktur

Mit der Entscheidung für ein Sondervermögen hatte sich die Regierungskoalition in spe bereits vorab mit einem Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro finanziellen Spielraum geschaffen, dringend erforderliche Investitionen in die zunehmend marode Infrastruktur vorzunehmen. „Dabei muss vor allem der kommunale Investitionsstau von 180 Milliarden Euro endlich aufgelöst werden“, forderte Werneke. Grundsätzlich positiv sei zudem die Verständigung auf die Stabilisierung des Niveaus der gesetzlichen Rente bei 48 Prozent und die Pläne für ein Bundestariftreuegesetz. Das gelte auch für die Verständigung auf ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften in die Betriebe – vorausgesetzt, es werde im Sinne der Beschäftigten ausgestaltet.

Gesundheit und Pflege

Deutlich zu wenig habe sich die Koalition im Bereich

Gesundheit und Pflege vorgenommen. „Auch wenn unter anderem der bisher für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) vorgesehene Anteil für den Transformationsfonds für Krankenhäuser jetzt richtigerweise aus dem Sondervermögen Infrastruktur finanziert werden soll, fehlen die notwendigen Bundesmittel, um die GKV-Finanzen zu stabilisieren und drohende Beitragssatzsteigerungen tatsächlich zu stoppen.
Auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) kritisierte, dass im Koalitionsvertrag von Union und SPD eine Zusage für eine Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung fehle. „Die Beträge sind zuletzt enorm gestiegen, die Prognosen sind besorgniserregend“, sagte SoVD-Vorsitzende Michaela Engelmeier. Die Beitragssatzstabilisierung bleibe im Koalitionsvertrag eine maue Absichtserklärung.
Es soll eine Kommission 2027 Maßnahmen vorschlagen.
Kritik auch weil nicht unternommen wird, um die Pflegeversicherung auf sichere Füße zu stellen. Werneke forderte die Koalitionspartner auf, die massiv steigenden Eigenanteile für Pflegebedürftige zu verhindern.
Damit Entlastung beim Pflegepersonal in Krankenhäusern ankommt, müsste zudem eine bedarfsgerechte Personalbemessung PPR 2.0 konsequent umgesetzt werden.

Steuerpolitik
Kritisch sind aus Sicht von ver.di die Steuerpläne der zukünftigen Koalition zu bewerten. Die Steuersenkungen für Unternehmen, insbesondere die Senkung der Körperschaftssteuer, reißen Löcher in die staatlichen Finanzen. Hingegen blieben Vermögende und große Erbschaften unangetastet, Eine Einkommenssteuerreform ohne ausreichende Gegenfinanzierung belaste auch die Haushalte der Kommunen. Städte und Gemeinden in Deutschland und die öffentliche Daseinsvorsorge seien strukturell unterfinanziert, darauf gebe der Koalitionsvertrag keine verlässlichen Antworten.
Zudem fehlten noch immer verbindliche und auf Dauer angelegte Vereinbarungen zum ÖPNV.
Falsch sei der geplante Vermittlungsvorrang bei der Bundesagentur für Arbeit. „Das erhöht den Druck auf Arbeitslose, jegliche Arbeit anzunehmen, wirkt sich negativ auf die Löhne aus und unterläuft die Bemühungen, über mehr Ausbildung und Qualifikation Einkommen zu stabilisieren und Arbeitsplätze langfristig aufzuwerten“, so Werneke.

Arbeitszeitgesetz
Nicht akzeptabel seien die geplanten Änderungen im Arbeitszeitgesetz. Es sei absolut kontraproduktiv, nun eine wöchentliche anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit als Maßstab heranzuziehen. Dies öffne dem Missbrauch Tür und Tor: „Das Arbeitszeitgesetz schützt Menschen, die ohnehin unter prekären Bedingungen arbeiten müssen – deshalb darf es nicht ausgehöhlt werden“, erklärte Werneke.
Lieferketten
Absolut kritikwürdig sei die angekündigte Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. „Das ist ein fataler Rückschritt in Sachen Unternehmensverantwortung und Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", warnte der ver.di-Vorsitzende.
Enttäuschung bei den Grünen
Die Grünen haben den Koalitionsvertrag von Union und SPD als „große Enttäuschung“ angesichts der aktuellen Probleme kritisiert. Deutschland und die Welt kämpften mit drei zentralen Herausforderungen – dem Kollaps der Ökosysteme, der Erosion der regelbasierten Ordnung in der Welt und dem Erstarken des Rechtsextremismus, sagte Parteichef Felix Banaszak**.** Auf all das habe die künftige Regierungskoalition nicht „den Hauch einer Antwort“. So würden die Klimaziele aufgeweicht, das Ende des Verbrenners in Frage gestellt und der Kohleausstieg verzögert. Banaszak beklagte vor dem Hintergrund des kürzlich beschlossenen Sondervermögens in Höhe von 500 Milliarden Euro außerdem einen „fehlenden politischen Willen, dieses Milliardenvermögen einzusetzen“.
Ko-Chefin Franziska Brantner ergänzte: „Diese Koalition hat Geld wie Heu, aber Ideen wie Stroh.“
Die Linke spricht von Ignoranz
Die Linke hat den von Union und SPD vorgestellten Fahrplan für eine gemeinsame Regierung als „Koalitionsvertrag der Ignoranz und Hoffnungslosigkeit“ kritisiert. Damit würden die Probleme der Menschen im Land „nicht gelöst“, sagte Parteivorsitzende Ines Schwerdtner. SPD und Union fehlten „echter Gestaltungswille und der Mut für echte Verbesserungen“.
„Wir müssen endlich die zur Kasse bitten, die es sich leisten können“, fuhr Schwerdtner fort. „CDU und SPD dagegen ducken sich weg – und lassen somit Millionen Menschen mit ihren realen Alltagssorgen allein.“ Die Linke hatte in ihrem Wahlprogramm die Einführung einer Vermögenssteuer gefordert.
AFD sieht sich schon in Regierung
Auch die AFD kritisierte den Vertrag. Dieser Koalitionsvertrag sei eine Kapitulationsurkunde von Friedrich Merz, meinte die AfD-Chefin Alice Weidel. Siegessicher versichert sie: „Wir sitzen in der nächsten Legislatur in der Regierung.“
DGB sieht Lage positiver
Die DGB-VorsitzendeYasmin Fahimi sieht imKoalitionsvertrag „klare Perspektiven für Beschäftigte und Wachstum“. Der DGB erwartet von den Plänen der künftigen schwarz-roten Koalition eine Belebung der Wirtschaft.
Kritisch äußerte sie sich zu den geplanten Änderungen beim Arbeitszeitgesetz. Man wolle die Koalition kritisch begleiten.

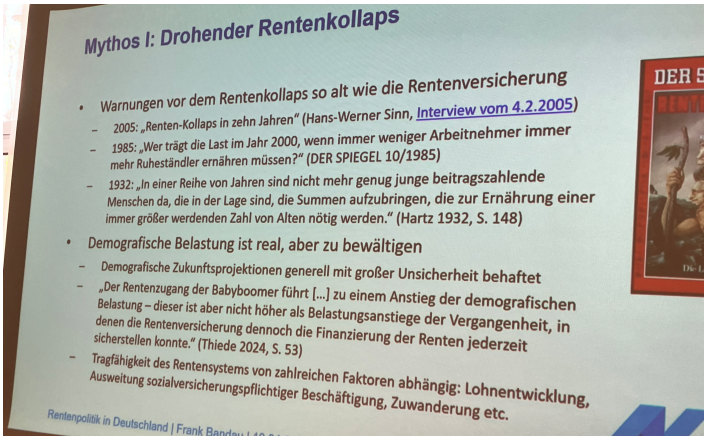
Dr. Frank Bandau beim OV:

Die Rente reicht vorne und hinten nicht

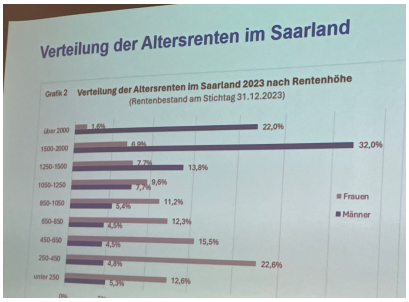
Unser Anspruch lautet, man soll würdevoll von der Rente leben können. Das Rentenniveau sinkt, die Altersarmut ist zum Problem geworden. Die Rente, sie reicht nicht und die Zahl der Menschen, die in den Papierkörben nach leeren Flaschen suchen, steigt.

Formal verspricht die neue Bundesregierung die Stabilität der Rente zu gewährleisten. Wir wollten es genauer wissen und hatten von der Arbeitskammer den Kollegen Dr. Frank Bandau eingeladen. Er hielt ein spannendes Referat zur Rentenpolitik und befasste sich mit Herausforderungen und aktuellen Konfliktfeldern. Im Anschluss ergab sich eine engagierte und anregende Diskussion.

Derzeit liegt die gesetzliche Haltelinie des Rentenniveaus bei 48 Prozent. Das will man bis 2031 absichern. Das ist weniger als die alte Regierung im Rentenpaket II vorgesehen hatte, da stand das Jahr 2039. Eine Rentenkommission soll gebildet werden, um Vorschläge zum „wie weiter?“ zu entwickeln. Die errechnete Standardrente beträgt aktuell 1.770 Euro brutto pro Monat. Die Bedingung dafür sind 45 Arbeitsjahre mit jeweils dem Durchschnittsverdienst.
Kommen soll eine Aktivrente. Wer nach Renteneintritt weiterarbeitet soll ab 2026 bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei dazuverdienen dürfen.
Eigentlich erhöht sich die Rente im Juli 2025 um 3,74 %. Allerdings sind auch die Beiträge zur Pflegeversicherung von 3,4 auf 3,6 % gestiegen. Dies wird im Juli abgezogen, also 4,8 % (3,6 und 1,2 %). Erst im August wird man genau wissen, wieviel Rente man netto bekommt. Damit ist nicht Schluss mit den versteckten Rentenkürzungen. Wegen Veränderungen bei der Witwenrente kommt es bei Millionen Rentnern ab Dezember zu einer geringeren Nettorente, weil das anrechenbare Einkommen rechnerisch größer geworden ist. Und ferner hat die Erhöhung des Zusatzbeitrages der Krankenversicherung ja schon die Renten gekürzt.
Bei aller Kompliziertheit, die der Referent mit zahlreichen Fakten und Schaubildern belegte, die Tatsache ist einfach ausgesprochen. Die Rente reicht bei vielen Menschen nicht für ein gutes Leben. Anstatt die Renten immer weiter zu kürzen, braucht es eine Rente, die zum Leben reicht. Das Rentenniveau muss



steigen. Das ist problemlos finanzierbar, da unsere Gesellschaft von Jahr zu Jahr reicher und produktiver wird. Inzwischen liegen 58 Prozent der Neurentner mit ihrer Rente unter der Armutsgrenze. 2021 lagen die Altersrenten von 42% der Frauen im Saarland unterhalb von 450 Euro und bei einem Fünftel der Männer bei unter 850 Euro. Neurentnerinnen im Saarland, die 2023 erstmals Altersrente bezogen, erhielten im Schnitt 845 Euro. Das sind durchschnittlich 502 Euro weniger als bei den Männern. Gerade angesichts der teils sehr niedrigen Renten im Saarland sind eine weitere Anhebung des Rentenniveaus und weitere Reformen dringend erforderlich. Fakt ist, immer mehr Rentner müssen zur Tafel oder zum Flaschensammeln.



Auch die Arbeitskammer fordert das Rentenniveau auf über 50 Prozent zu erhöhen. Jahrzehntelang hatte sich ein Rentenniveau bewährt, das nach heutiger Berechnungsweise bei rund 53 Prozent liegt. Durch gezielte politische Eingriffe wurde es im Zeitverlauf immer weiter abgesenkt. Nötig wäre die Einnahmebasis der Rentenversicherung zu erweitern. Das geht nur, indem Beamte, Abgeordnete und Selbständige endlich in die gesetzliche Rente mit einbezogen werden. Zentral für die Rentenversicherung sind hohe Erwerbsbeteiligung und gute Arbeitsbedingungen, die ein gesundes Arbeiten bis zum Renteneintritt auch erlauben. Im Saarland ist es mehr noch als in anderen Bundesländern notwendig, das Beschäftigungs- und Qualifikationspotential von Frauen, die oftmals nur in Minijobs, Teilzeit und in unterwertiger Beschäftigung arbeiten, auch auszuschöpfen. Nur so können wir insbesondere Altersarmut von Frauen verhindern.

Spannendes für den Gewerkschaftsmensch:

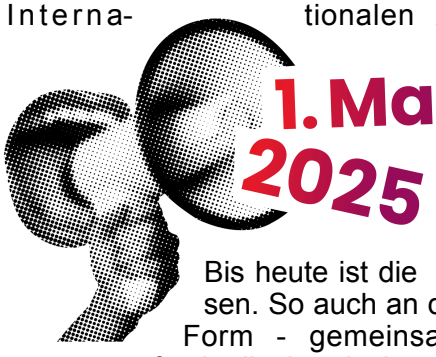
Der Mai bringt uns mancherlei

Es ist einiges los im Mai und wir hoffen, dass auch für Dich was dabei ist. Gleich am 1. Mai sehen wir uns auf der Demonstration und beim Fest.

DER ERSTE MAI

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit, der Tag, an dem Beschäftigte gemeinsam auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Das Motto 2025 lautete: „Mach Dich stark mit uns!“ und soll ein starkes Zeichen für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen.

Im Jahre 1890 begingen erstmals Millionen arbeitender Menschen in mehreren europäischen Ländern und in den USA gleichzeitig den „Weltfeiertag der Arbeit“. Sie folgten damit einem Beschluss des Internationalen Arbeiterkongresses von Paris 1889. Dort war zu einer „großen internationalen Manifestation“ für den 1. Mai 1890 aufgerufen worden.



Bis heute ist die Tradition gewachsen. So auch an der Saar. Die heutige Form - gemeinsame Demonstration furch die Landeshauptstadt mit anschließender Kundgebung und Familienfest - musste sich auch erst durchsetzen und ist hauptsächlich der Gewerkschaftsjugend zu verdanken, die darauf bestand, dass man laut und sichtbar am 1. Mai für die Rechte der arbeitenden Menschen demonstriert. So wird es auch 2025 sein.

Wir treffen uns ab **10:30 Uhr auf dem Tbilisser Platz vor dem Staatstheater in Saarbrücken**, marschieren mit unseren Transparenten durch die Stadt zum Schlossplatz. Dort verbringen wir eine schöne Zeit gemeinsam.

DER ACHTE MAI

Als die Waffen vor 80 Jahren endlich schwiegen, waren mehr als 60 Millionen Opfer zu beklagen. Nach zwölf Jahren faschistischer Terrorherrschaft bedeutete dieser Tag den politischen, militärischen und moralischen Untergang des verbrecherischen Regimes in Deutschland, das die Welt in den Abgrund gestürzt hatte. Der 8. Mai ist für uns aber nicht nur Erinnerung, sondern auch Verpflichtung für die Zukunft.

Im Frühjahr 1945 wurden politisch und rassistisch verfolgte Menschen aus ganz Europa aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen der Faschisten befreit. Die Waffen schwiegen und die Menschen konnten den Frieden feiern.

Befreit haben uns die Alliierten, dabei wurde die Hauptlast von den Völkern der Sowjetunion getragen. Heute, 80 Jahre später, existiert die Sowjetunion nicht mehr, Deutschland hingegen rüstet in bisher unbekannten Dimensionen auf – unter anderem, um gegen Russland erneut Krieg führen zu können. Die Befreiung vom Faschismus war kein einmaliger, historischer Akt, sondern ist immer wieder neu zu erkämpfen – denn der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch. (B. Brecht).

Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir auch an den antifaschistischen Widerstand in Deutschland und Frankreich. An die Solidarität in der Emigration, während der Deportationen, in Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition.

Mit dieser Zeremonie begehen am **8.5. um 11 Uhr** in der **Gedenkstätte Gestapo Lager Saarbrücken Neue Bremm**, Alstinger Weg, in Saarbrücken Vertreter*innen aus Frankreich und Deutschland sowie der Initiative Neue Bremm. Die musikalische Begleitung erfolgt durch Daniel Osorio & Freunde. Die Veranstaltung wird organisiert von der Confédération générale du travail (CGT), Departement Moselle, Parti Communiste Français (PCF), Departement Moselle, Peter Imandt Gesellschaft/Rosa Luxemburg Stiftung, Saarland und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen. Unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ findet eine Gedenkstunde mit Kranzniederlegung auf dem Gelände des ehemaligen Lagers „Neue Bremm“ statt.

Unser Ortsverein wird am **8. Mai um 18 Uhr** im ver.-di-Haus besonders den vielen Zwangsarbeitern im Saarland gedenken. Dazu erwarten wir einen Vortrag unserer Kollegin Dr. Inge Plettenberg, die ausgewiesene Expertin für die Forschungen zum Thema Zwangsarbeit in der Nazi-Zeit an der Saar ist. Inge ist promovierte Historikerin, ehemalige Fernsehredakteurin und Saarbrücker Stadtteilautorin. Erst 2021 veröffentlichte sie das Buch „Mordfall Röchling“.

Beschluss des Bezirksvorstand:

Ortsverein heißt jetzt „Saar-Blies“

Die Bezeichnung für unseren Ortsverein in ver.di „OV Saar“ hat bei einigen Kollegen und Freunden Missverständnisse ausgelöst. So wurde gefragt, ob damit wieder der alte Landesverband Saarland auferstanden sei. Auch war für Außenstehende nicht auf den ersten Blick sichtbar, dass der Bezirk Region Saar-Trier das übergeordnete Organ ist.
Beim Beschluss zur Bildung des Ortsvereins wurde zwar das räumliche Gebiet - nämlich das Bundesland Saarland - festgelegt, nicht aber die Bezeichnung. Jetzt hat der ver.di-Bezirksvorstand beschlossen. Wir heißen „Saar-Blies“. Unsere Kolleginnen und Kollegen in Trier nennen sich „Eifel-Mosel-Hunsrück“.
Der Bezirk stellt auf seiner Webseite jetzt auch die Arbeit der Ortsvereine dar. Wir sind unter diesem Link zu finden: https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar
Der Bezirksvorstand befasste sich neben aktuellen Fragen auf seiner Sitzung am 8. April mit der Umsetzung von den Ideen der letztjährigen Klausurtagung.

Vernetzung in Sachen Frieden:

Zusammen ist besser als einsam

242 Kolleginnen und Kollegen sind Mitglieder in der Gruppe „ver.di-Friedensnetzwerk“ bei „meine.verdi“. Bei „meine.verdi“ kann jedes Mitglied mitmachen.
Auf der Startseite von meine ver.di kannst Du auf alle Deine persönlichen Daten zugreifen oder diese ändern, Streikgeld beantragen oder Deine Mitgliedsbescheinigung runter laden. Und noch viel mehr: Du verwaltest über die persönliche Startseite Deine Newsletter-Abos und erreichst die Gruppenplattform oder Deine verdi.org-Postfächer. Hier laufen alle ver.di-Online Services zusammen, ob Du Deinen Tarifvertrag anfordern, einen Studierendenausweis beantragen oder Kontakt zu Deinem ver.di-Bezirk aufnehmen willst: Auf „meine ver.di“ bist Du richtig.
Wir informieren Dich in Deinem persönlichen ver.di-Raum auch über wichtige Neuigkeiten rund um das Thema Arbeit und Gewerkschaft und auch Mitmachangebote findest Du dort.
Und man kann sich auch mit verschiedenen Gruppen vernetzen, so eben auch dem Friedensnetzwerk.
Auch bei Signal gibt es ein ver.di Friedensnetzwerk. 60 ver.dianer haben sich dort vernetzt.
Auf Telegram gibt es ebenfalls eine Vernetzung, an der sich 224 Menschen beteiligen. Die Gruppe wurde von der Initiative „Nie wieder Krieg, die Waffen nieder" erstellt. Sie dient zum Austausch von Friedenspolitischen Themen, in erster Linie zur Unterstützung

des Berliner Appells.
Ebenfalls bei Telegram gibt es einen Kanal „Friedensbewegung_Bundesweit“ mit immerhin 4.227 Abonnenten. Dort wird man über bundesweite Ereignisse informiert.
Aktive aus Stuttgart und Umgebung, Aschaffenburg, Darmstadt, Heidelberg, Frankfurt, Tübingen, Villingen und dem Saarland haben auf einem Treffen Anfang April einen lockeren Zusammenschluss von Gruppen im Südwesten unter dem Namen „Friedensvernetzung Südwest“ initiiert. Hier liegen mit den Militärstützpunkten in Stuttgart, Wiesbaden und Ramstein für einen Krieg zentrale Einrichtungen. Geplant sind u.a. vernetzte Mobilisierungen, evtl. mit gemeinsamen Aufrufen. Weitere Treffen sollen im Wechsel Online und Präsenztreffen durchgeführt werden.
Die im Aufbau befindliche Homepage soll u.a. eine interaktive Landkarte mit lokalen Friedensinitiativen als „Friedensatlas“ enthalten: https://friedensvernetzung-suedwest.de/
Eingerichtet wurde eine offene Mailingliste, für die Anmeldungen entgegen genommen werden können unter: info@friedensvernetzung-suedwest.de

Impressum:
Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken
https://saar-trier.verdi.de/
OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de
Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de
Fotos: Michael Quetting
Rundbrief erscheint als pdf